

Bund schreibt Abstimmungsanalysen aus

Bisheriger Vox-Verbund will intern an Zusammenarbeit festhalten

Der Bundesrat hält an den Analysen zu eidgenössischen Abstimmungen fest, wird diese aber öffentlich ausschreiben. Der Kreis ernsthafter Konkurrenten zum Vox-Verbund dürfte indes überschaubar bleiben.

Martin Senti

Es war im März 1977, als das Forschungsinstitut GfS seine erste Vox-Abstimmungsanalyse durchgeführt hat, es ging um die Mehrwertsteuer. Seit 1987 beteiligt sich der Bund schwergewichtig an den periodischen Vox-Analysen, die zum Aushängeschild der schweizerischen Abstimmungsforschung geworden sind. Die Vox-Umfragen werden denn heute auch von einer Forschungsgemeinschaft verantwortet, der neben dem Berner GfS-Institut (Erhebungen) die politikwissenschaftlichen Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich (Auswertungen) angehören.

Bisher wurde der Bundesauftrag für diese Abstimmungsanalysen stets freihändig vergeben - im Sinne der Finanzierung eines bestehenden, polit-demoskopischen Produkts unter der etablierten Marke Vox - diese Marke gehört nicht dem Bund. Doch nun ist man im Bundeshaus zur Auffassung gelangt, dass die wiederkehrenden Analysen, die pro Legislatur längst über eine Million Franken kosten, gemäss heutigen Vorgaben des Beschaffungswesens eben doch öffentlich auszuschreiben sind.

So hat der Bundesrat am Mittwoch den Grundsatzentscheid gefällt, an den Analysen festzuhalten, diese aber für 2016 bis 2019 auszuschreiben. Weil die Zeit bereits knapp wird, soll die Bundeskanzlei zudem mit der Vox-Forschungsgemeinschaft einen Vertrag zur Sicherung eines lückenlosen Übergangs abschliessen. Dieser Vertrag läuft bis Ende 2015 - mit Option für eine Verlängerung im Falle von (absehbaren) Verzögerungen bei der Ausschreibung.

Der Kreis möglicher Anbieter ist (zumindest in der Schweiz) überschaubar - und wohl auch fast deckungsgleich mit möglichen Experten, welche die Bundeskanzlei für die Konkretisierung ihrer Ausschreibung zu Rate ziehen kann. Der bestehende Vox-Verbund hat denn auch bereits Ende April signalisiert, dass er intern die «bewährte Zusammenarbeit weiterführen» will. Ins Rennen steigen könnte neben den Vox-Partnern auch das Lausanner Fors-Institut, das auf den Umgang mit sozialwissenschaftlichen Datensätzen spezialisiert ist. Fors ist u. a. für die periodischen Selects-Analysen zu eidgenössischen Wahlen verantwortlich, das Institut verwaltet auch den bestehenden Vox-Datensatz für die wissenschaftliche Zweitverwertung. Man werde eine Offerte prüfen, bestätigt der Fors-Leiter Peter Farago, dies sei aber abhängig von der spezifischen Ausschreibung.

Diesen Artikel finden Sie im NZZ E-Paper unter: <http://epaper.nzz.ch>